Landtag
Nordrhein-Westfalen
16. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 16/114
07.12.2012

Rechtsausschuss

8. Sitzung (öffentlich)

7. Dezember 2012

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:25 Uhr

Vorsitz: Dr. Robert Orth (FDP)

Protokoll: Heike Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Zur Tagesordnung **5**

1 Aktuelle Viertelstunde (beantragt von der Piratenfraktion; s. Anlage) **6**

Bericht des Justizministers

Diskussion

2 Verfassungsgerichtliches Verfahren wegen der Beschwerde der NPD, Landesverband NRW, vertreten durch den Landesvorsitzenden Claus Cremer, gegen die Wahlprüfungsentscheidung des Landtags Nordrhein-Westfalen vom 13. September 2012 **8**

VerfGH 17/12

Vorlage 16/278, Vorlage 16/340 und Vorlage 16/364

Der Ausschuss empfiehlt dem Parlament einstimmig, auf eine Stellungnahme zu verzichten.

3 Verfassungsgerichtliches Verfahren wegen der Beschwerde des Herrn Weidemann gegen die Wahlprüfungsentscheidung des Landtags Nordrhein-Westfalen vom 13. September 2012 9

VerfGH 20/12

Vorlage 16/339 und Vorlage 16/427

Der Ausschuss empfiehlt dem Parlament einstimmig, auf eine Stellungnahme zu verzichten.

4 Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Justiz im Land Nordrhein-Westfalen 10

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1182

– abschließende Beratung und Abstimmung –

Der Ausschuss billigt den Gesetzentwurf mit den Stimmen aller Fraktionen.

5 Gesetz zur Änderung der Befristungen besoldungsrechtlicher Gesetze im Zuständigkeitsbereich des Justizministeriums 11

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1184

– abschließende Beratung und Abstimmung –

Diskussion

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktionen von FDP und Piraten die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs.

6 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Rentengüter 13

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1185

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig die Annahme des Gesetzentwurfs in unveränderter Form.

7 Gesetz zur Regelung des Vollzuges der Sicherungsverwahrung in Nordrhein-Westfalen 14

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1435

Bericht des Justizministers

Gegen den Wunsch der Fraktionen von CDU und FDP, ein Expertengespräch durchzuführen, erhebt sich ebenso kein Widerspruch wie gegen den Vorschlag des Vorsitzenden, die Modalitäten im Kreis der Obleute abzustimmen und den Punkt erst nach Durchführung des Gesprächs wieder auf die Tagesordnung zu setzen.

8 Gegen Randalierer im Zusammenhang mit Fußballspielen konsequent vorgehen 18

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1268

Der Ausschuss wird an der Anhörung des federführenden Innenausschusses nachrichtlich teilnehmen. Eigene Expertinnen und Experten will er nicht benennen.

9 Drogenhandel und Konsum in Justizvollzugsanstalten effektiv eindämmen – Jeder JVA ein eigener Drogenspürhund (Zusatzfragen s. Anlage) **19**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1273

(*Wortprotokoll)*

10 Durchschnittliches Pensionseintrittsalter und Pensionierungen wegen Dienstunfähigkeit im Justizvollzugsdienst (TOP beantragt von der Fraktion der FDP; s. Anlage 1; Zusatzfragen der FDP-Fraktion s. Anlage 2) **31**

Vorlage 16/443

Gegen den Vorschlag des Vorsitzenden, den Punkt nach Beantwortung der Fragen durch die Landesregierung wieder aufzurufen, erhebt sich kein Widerspruch.

11 Entweichungen – Maßnahmen zur Reduzierung der Zahl der Entweichungen und deren Wiederergreifung (TOP beantragt von der Fraktion der FDP; s. Anlage) **32**

Vorlage 16/444 und Vorlage 16/452 (nachträglich eingegangen)

Der Ausschuss verständigt sich darauf, die Diskussion zu vertagen, da die Vorlage 16/452 ihn eben erst als Tischvorlage erreicht hat.

12 Verfassungsgerichtliches Verfahren wegen der Beschwerde des Herrn Tenter gegen die Wahlprüfungsentscheidung des Landtags Nordrhein-Westfalen vom 13. September 2012 **33**

VerfGH 15/12

Vorlage 16/439

Der Ausschuss empfiehlt dem Parlament einstimmig, auf eine Stellungnahme zu verzichten.

13 Verschiedenes **34**

a) Dienstreise nach Brüssel nebst auswärtiger Sitzung **34**

b) Haushaltsberatungen **34**

* * *

5 Gesetz zur Änderung der Befristungen besoldungsrechtlicher Gesetze im Zuständigkeitsbereich des Justizministeriums

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1184

– abschließende Beratung und Abstimmung –

(vom Plenum nach der ersten Lesung am 7. November 2012 an den Rechtsausschuss zur federführenden Beratung und zur Mitberatung an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen)

Vorsitzender Dr. Robert Orth informiert darüber, dass der HFA in seiner Sitzung am 22. November 2012 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten gegen die Stimmen der Fraktion der FDP empfohlen hat, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Dirk Wedel (FDP) kündigt die Enthaltung seiner Fraktion bei der Abstimmung an und begründet dies mit der von der FDP-Fraktion generell nicht gebilligten Vorgehensweise der Landesregierung, die Befristung von Rechtsvorschriften in großem Umfang zurückzunehmen, und zwar vor dem Hintergrund einer Kabinettentscheidung aus dem vergangenen Jahr, mit der die Landesregierung sämtliche zurzeit existierenden Stammnormen als notwendig erachte. Bereits in einer Protokollerklärung im Plenum habe seine Fraktion zum Ausdruck gebracht, dass sie die Entfristung von Rechtsnormen als nicht sinnvoll erachte, da nur eine regelmäßige Kontrolle der Erforderlichkeit und Wirkung der bestehenden Vorschriften Auskunft über Möglichkeiten ihrer Vereinfachung bzw. Abschaffung liefere.

Was den vorliegenden Gesetzentwurf anbelange, sei dieser inhaltlich an sich in Ordnung.

Jens Kamieth (CDU) erkundigt sich mit Blick einerseits auf die mit diesem Gesetzentwurf verfolgte Aufhebung der auf den 31.12.2013 datierten Befristung des „Gesetzes zur Anhebung der Beförderungsämter für Bedienstete des allgemeinen Vollzugs- und Werkdienstes in Justizvollzugsanstalten sowie des Krankenpflegedienstes im Justizvollzugskrankenhaus Nordrhein-Westfalen in leitenden Funktionen“, andererseits die noch ausstehende, letztendlich von allen geforderte große Dienstrechtsreform nach der Notwendigkeit, diesen Schritt in Bezug auf das zitierte Gesetz jetzt schon zu gehen.

Angesichts des wohl noch längeren Zeitraums bis zu einer großen Dienstrechtsreform hält es die Landesregierung, um jedwede zeitliche Engpässe in der Zukunft bei entsprechenden Eingruppierungen zu vermeiden, nach Auskunft von **Justizminister Thomas Kutschaty** für angebracht, die Entfristung dieser bewährten Regelung jetzt schon vorzunehmen.

Die SPD-Fraktion begrüßt den hier zur Abstimmung stehenden Gesetzentwurf, denn die darin ebenfalls enthaltene Aufhebung einer bis zum 31. Dezember dieses Jahres laufenden Befristung in dem „Gesetz zur Anhebung des Eingangs- und des Spitzenamtes in der Laufbahn des Justizwachtmeisterdienstes des Landes Nordrhein-Westfalen“ erlaube es, das deutliche und positive Signal an die Gerichte, ausgegangen von der Änderung der Besoldung der Wachtmeisterinnen und Wachtmeister durch die SPD-/Grüne-Koalition zu Beginn der 15. Wahlperiode, fortwirken zu lassen, merkt **Sven Wolf (SPD)** an. – Die Ausführungen der Landesregierung zur Dienstrechtsreform teile seine Fraktion natürlich ausdrücklich.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktionen von FDP und Piraten die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs.